



Detlef Junker\*

### Eine Krise enttäuschter Erwartungen

Berufshistoriker, die weltgeschichtliche Krisen und Revolutionen, d.h. gesamtgesellschaftliche, multikausale, verlaufsbeschleunigte und zukunfts offene Entscheidungssituationen und Prozesse zu verstehen und zu interpretieren suchen, wissen, dass es Voraussagen über die Zukunft nur geben könnte, wenn es keine Zukunft mehr gäbe. Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist so eine offene Krisensituation. Sie hat uns mit ungeahnter Wucht und Globalität getroffen, ihre Eintrittswahrscheinlichkeit in dieser Größenordnung lag außerhalb unseres Erwartungshorizontes.

Diese Krise, die die Größenordnung der bisher schwersten Krise seit Beginn der Industriellen Revolution, der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932, erreichen könnte (nicht muss), macht in ihrer Unberechenbarkeit auch die Beantwortung der Frage »USA nach der Wahl – welche Folgen sind für Europa zu erwarten?« zu einem riskanten Mix aus Erfahrungswissen, unsicheren Hypothesen und dem möglichen Zusammenspiel angenommener Variablen.

Schon meine erste Annahme ist nur eine begründete Vermutung, nämlich die Annahme, dass die Reaktion der amerikanischen Politik vor und nach dem Amtsantritt von Präsident Obama am 20. Januar 2009 auf diese Krise das transatlantische Verhältnis so lange dominieren wird, bis die Weltwirtschaft ein neues Gleichgewicht gefunden haben wird.

Vorstellbar ist nämlich auch, dass parallel zur Weltwirtschaftskrise andere Ereignisse die Sicherheitspolitik wieder in den Mittelpunkt des transatlantischen Verhältnisses rücken können.

\* Prof. Dr. Dr. h.c. Detlef Junker ist Gründungsdirektor des Center for American Studies an der Universität Heidelberg.

te, z.B. ein terroristischer Angriff auf die USA oder eines ihrer Bündnispartner, ein eskalierender amerikanisch-russischer oder ein amerikanisch-iranischer Konflikt, die Destabilisierung Pakistans oder die nachhaltige Forderung der USA an die Europäer, insbesondere die Deutschen, erheblich mehr Truppen für einen neuen Feldzug in Afghanistan zur Verfügung zu stellen.

Die USA und Europa sind weder auf die Weltwirtschaftskrise noch die militärischen Konflikte der Zukunft konzeptionell vorbereitet. Nach dem Scheitern des Versuchs der ersten Administration von George W. Bush, durch die Begründung einer unilateralen Pax Americana das zu versuchen, was den USA weder nach dem Ersten noch nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen war, gibt es keine allgemeine außenpolitische Strategie der USA mehr, nur noch Ad-hoc-Entscheidungen und eine lange Liste von Wünschbarkeiten. Auch Europa hat, wie jeder weiß, noch keine einheitliche Außenpolitik für die Welt jenseits des Alten Kontinents gefunden. Solange wie die Alte Welt sich aus Sicht der Neuen Welt nicht an einer neuen Lastenteilung für die wirtschaftliche und militärische Stabilisierung der Welt beteiligt, wird Europa auch in der neuen Administration Obama und in den Denkfabriken Amerikas nur eine untergeordnete Rolle spielen – ungeachtet einer wohlfeilen, öffentlichen Rhetorik der Partnerschaft.

Die Weltwirtschaft braucht nichts dringender als ihr knappstes Gut, nämlich Vertrauen, und sie braucht es jetzt. Weil das für das 21. Jahrhundert disfunktionale amerikanische Wahlsystem dem neuen Präsidenten erst mit seiner Inauguration am 20. Januar 2009 Macht und Legitimation verleiht, könnte es für den Heilsbringer Obama, seinen globalen Vertrauensvorschuss, sein massives Investitionsprogramm in den USA und für seine mögliche Zustimmung zu einer globalen Regulierung der Finanzmärkte schon zu spät sein. Die Entscheidung der G-20-Staaten, sich erst im April der nächsten Jahres wieder zu treffen, ist ein Eingeständnis der Ohnmacht und eine Abdankung der Politik. Sie zeigt, dass die politischen Klassen in den Nationalstaaten und internationalen Organisationen der dramatischen Entwicklung der Weltwirtschaft hinterher eilen. Das flüchtige Kapital scheint schneller zu sein als politische Entscheidungsprozesse.

Die Krise könnte sich also weiter durchfressen, ein Verlauf wie während der Großen Depression könnte die Folge sein: Kreditkrise, Preisverfall, dramatischer Produktionsrückgang, gesunkene Nationaleinkommen, Massenarbeitslosigkeit, drastisch reduzierter Welthandel, ein neuer Protektionismus, ein Wettlauf nationaler Schutzmaßnahmen nach dem Motto »Rette sich, wer kann«, Radikalisierung an den linken und rechten Rändern der Gesellschaften.

Eine alternative Vorwegnahme der Zukunft grenzte an ein Wunder: Die Europäer einigen sich noch vor dem Amtsan-

tritt des US-Präsidenten auf praktikable, d.h. durchsetzungsfähige Verfahren für ein transparentes und verantwortliches Risikomanagement auf den Finanzmärkten; Obama verkündet sofort nach seiner Amtsübernahme einen gewaltigen Wechsel in der Innen- und Außenpolitik der USA, besonders in der Wirtschafts-, Energie-, Klima- und Gesundheitspolitik; er überschwemmt, wie Franklin Delano Roosevelt 1933 in seinen berühmten ersten hundert Tagen, den zustimmungsbereiten Kongress mit Gesetzesvorschlägen. Die G-20-Staaten treffen sich noch im Januar und tragen mit amerikanischem und britischem Einverständnis das Modell der unregulierten, »freien« Finanzmärkte zu Grabe, die Staaten der Welt einigen sich auf das ordoliberalen Ordnungsmodell der »sozialen Marktwirtschaft«.

Diese alternative Vorwegnahme der Zukunft würde auch bedeuten, dass sich eine tiefe strukturelle Differenz im amerikanisch-kontinentaleuropäischen Verhältnis abschleifen müsste, die traditionelle Marktücke (market gap). Denn bisher gibt es in einer fundamentalen Frage, die alle westlichen Staaten auf beiden Seiten des Atlantiks tief bewegt, eine strategische Differenz. Was soll vom Staat, was soll vom Markt geleitet werden?

Diese Arbeitsteilung zwischen Markt und Staat kann besonders gut an der Staatsquote abgelesen werden, an dem Anteil aller öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt. Obwohl im Zuge von Industrialisierung und Demokratisierung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts diese Staatsquote in allen westlichen Staaten erheblich angestiegen ist, bleibt bis heute eine erhebliche Differenz. Noch immer ist in der amerikanischen Kultur der alte Merkspruch tief verankert: »The best government is no government«. Es gibt bis heute Amerikaner, die höhere Steuern mehr fürchten als den Satan. Im Jahre 2005 lag die Staatsquote in den USA bei 36,4%, in Deutschland bei 46,7% und in Schweden bei 56,6%. Die großen Unterschiede liegen nicht im sozialinvestiven Bereich, sondern in der Sozialpolitik. Die soziale Leistungsquote in den USA beläuft sich nur auf 50–60% der Sozialleistungsquoten der führenden europäischen Wohlfahrtsstaaten.

Das liegt einerseits am Zusammenwirken der politischen Akteure und den politischen Institutionen der USA, andererseits an der uramerikanischen Vision, dass jeder für sein Glück allein verantwortlich ist, am wettbewerbsorientierten Individualismus, der von dem einzelnen Mut und Risikobereitschaft verlangt. Ein freier Mann auf eigenem Grund – und einem Gewehr im Schrank – das ist der uralte amerikanische Traum, der besonders im konservativen Lager noch Prägekraft entfaltet.

Dass dieser Mut zum Risiko in eine Kreditorgie ausgeartet und ein Leben auf Pump zum Kern des neuen »American

Way of Life« geworden ist, macht eine Umkehr in Richtung auf das europäische Modell nicht wahrscheinlicher.

Die Übernahme des europäischen Regulierungsmodells würde auch das Ende der Hegemonie des New Yorker Finanzplatzes bedeuten. Schließlich hatte das, wie wir jetzt wissen, verhängnisvolle Gramm-Leach-Bliley-Gesetz aus dem Jahre 1999, das Wall Street und die Finanzmärkte de facto von den letzten Kontrollen befreite, aus der Sicht von Exsenator Phil Gramm auch den Sinn, »die globale Dominanz der USA auf den Finanzmärkten zu erhalten.«

Also wird das alternative Wunder vermutlich ausbleiben. Deshalb ist es wahrscheinlich, dass trotz der Euphorie über die Wahl Obamas das transatlantische Verhältnis mittelfristig durch eine Krise enttäuschter Erwartungen geprägt sein wird.

Auch in der Sicherheitspolitik wird eine tiefsitzende strategische Differenz wahrscheinlich zu Enttäuschungen führen, nämlich die transatlantische Kriegslücke (War Gap). Ein von mir sehr geschätzter Kollege von der Stanford University, der Europahistoriker James J. Sheehan, hat vor kurzem ein viel beachtetes Buch mit dem Titel geschrieben: »Where have All the Soldiers Gone?: The Transformation of Modern Europe.«

Sheehan nimmt ein Leitmotiv wieder auf, mit dem ein anderer Amerikaner vor einigen Jahren Schlagzeilen gemacht hatte, Robert Kagan, der behauptete, dass kriegerische Amerika sei vom Mars, das friedfertige Europa von der Venus. Das Leitmotiv beider Bücher ist die Entmilitarisierung der europäischen, insbesondere der deutschen Gesellschaft. Sheehan erinnert uns daran, dass am 22. August 1914 an einem Tag 27 000 französische Soldaten, am 1. Juli 1916 20 000 britische Soldaten und in den Kämpfen vor Verdun in wenigen Wochen hunderttausende französische und deutsche Soldaten gefallen sind. Heute haben die Europäer größte Mühe, einige Tausend Soldaten für einen Einsatz in Afghanistan aufzubringen. Es geht also in einer zentralen Frage der gesamten uns bekannten Geschichte, nämlich nach der Legitimität und Notwendigkeit von Kriegen, um mehr als Kommunikationsstörungen über dem Atlantik, sondern um eine strukturelle Differenz.

Die Europäer sind deshalb, wie schon angedeutet, aus amerikanischer Sicht keine Macht, die die Weltpolitik entscheidend mitgestalten kann, kein »Major Global Player«. Das aber wäre die erste Voraussetzung, um in Washington überhaupt gehört zu werden; selbst in einer Situation, in der den Amerikanern bewusst ist, dass sie Verbündete brauchen. Sonst gilt weiter das alte Bonmot Henry Kissingers: »Immer wenn er in Europa anrufe, sei keiner am Telefon.«

Die Amerikaner werden zumindest in internen Beratungen die Europäer weiter beschuldigen, ein Trittbrettfahrer der

Weltgeschichte geworden zu sein. Für die strategische Sicherheit der westlichen Welt, die Sicherung von offenen Seewegen und von Rohstoffen, insbesondere des Öls, täten die Europäer zu wenig. Deshalb könnte es, wie in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, eine Debatte über eine gerechte Lastenverteilung zur Aufrechterhaltung einer möglichst stabilen, möglichst freien und möglichst marktwirtschaftlichen, auf Freihandel setzenden Welt geben.

Vor allem werden die Amerikaner von den Europäern erwarten, in Kriegsgebiete der Welt gut ausgebildete und gut ausgerüstete Soldaten zu senden, die tatsächlich bereit sind, zu kämpfen und zu sterben. Genau darüber wird ja schon zurzeit im Rahmen des NATO-Einsatzes in Afghanistan eine harte Debatte geführt.

Die Amerikaner werden besonders die Deutschen beim Wort nehmen. Wenn Eure, so werden sie sagen, nationalen Interessen nicht in Hindelang, sondern am Hindukusch verteidigt werden, müssten die deutsche Bevölkerung, das deutsche Parlament – wir haben ja eine Parlamentsarmee – und die deutsche politische Klasse von Illusionen Abschied nehmen. Die von mir beschriebene Kriegslücke ist ein Sprengsatz für die NATO und die transatlantische Allianz.

Ein Standardargument der Europäer macht in Washington nur wenig Eindruck, nämlich die Behauptung, dass die sich erweiternde und vertiefende europäische Gemeinschaft gleichsam als Friedensmodell für die ganze Welt dienen könne. Die Europäer würden, auf sich allein gestellt, nicht einmal mit den Problemen auf dem Balkan fertig werden. Es müsse auch gehandelt, nicht nur verhandelt werden.

Diese strukturellen Differenzen, die sich auch in der Erwartung und Mentalität der Mehrheit der Europäer und Amerikaner spiegeln, werden, so vermute ich, auch nach dem 20. Januar 2009 den Handlungsspielraum der Regierungen begrenzen. Trotz des außerordentlichen Vertrauensvorschlusses des charismatischen Präsidenten Obama und trotz einer neuen Rhetorik der Kooperation und Multilateralität wird es also in beiden Bereichen, der Weltwirtschaft und Weltpolitik, zu enttäuschten Erwartungen kommen. Schließlich ist nicht auszuschließen, dass die USA und Europa selbst dann, wenn sie zu gemeinsamen Handlungen fähig wären, einfach zu schwach sein werden, um Lösungen für die erschreckend lange Liste struktureller Weltprobleme durchsetzen zu können, etwa Klimawandel, Energiesicherheit, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, internationaler Terrorismus, asymmetrische Kriege, die wachsende Macht neuer Regionen und Mächte (China, Russland, Indien, Brasilien), Krisenstaaten wie Afghanistan, Pakistan, Irak und Iran, Elend und Völkermord in Afrika und der Aufstand des Islamismus gegen die westliche Moderne.